

Vortrag mit **Eberhard Diepgen** in der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus am 12. Dezember 2002

„Berlin und die nationale Frage“

Für Eberhard Diepgen ist das Thema dieses Abends auch ein Stück des eigenen Lebens. Denn seine politische Laufbahn ist auch ein Stück Geschichte der letzten vierzig Jahre der ehemaligen eingemauerten „Frontstadt“ und der alten und neuen Hauptstadt Deutschlands.

Geboren am 13.11.1941 in Berlin, von Beruf Rechtsanwalt, trat er 1962 der CDU bei, war seit 1983 Landesvorsitzender der Berliner CDU und Mitglied des Bundesvorstandes, seit 1971 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und dort von 1980 bis 1984 sowie von 1989 bis 1991 Vorsitzender der CDU-Fraktion. Von Februar 1984 bis März 1989 sowie von Januar 1991 bis Juni 2001 amtierte er als Regierender Bürgermeister von Berlin.

Wenn man sich dem Begriff der „Nation“ aussetzt, so Diepgen zu Beginn, setzt man sich leicht Missverständnissen aus. Dies hat etwas mit unserer deutschen Geschichte zu tun, nicht nur mit der des sogenannten Tausendjährigen Reiches, seiner „Bewältigung“ und seiner Instrumentalisierung. Die ständige raunende Beschwörung einer angeblichen rechtsradikalen Gefahr, die uns daran hindern soll, gute Patrioten zu sein, hat Günter de Bruyn in ihren Auswirkungen in seinem Buch „Unzeitgemäß“ so beschrieben: „Wenn wir ständig aus Zwergen Riesen machen, erreichen wir nur, dass sich die Zwerge allmählich selbst einbilden, dass sie tatsächlich Riesen sind. Weil es Leute gibt, die jedes Thema missbrauchen, dürfen wir uns nicht die Auseinandersetzung mit notwendigen Themen verbieten lassen.“

In den vergangenen Jahrzehnten hieß es immer wieder, dass wir heute in einer postnationalen Entwicklung leben würden. Während in der DDR ein eigenes sozialistisches Staatsbewusstsein an die Stelle der deutschen Nation treten sollte, betonte man bei uns den Vorrang einer europäischen Einigung vor nationalen Interessen. Wenn auch das Abkürzel „BRD“ ein aus der DDR stammender politischer Kampfbegriff war, so hatte es doch auch für die Westdeutschen eine unterschwellige Akzeptanz erhalten. Hüben wie drüben dachte man sich Deutschland auf ewig zweigeteilt. Die Orientierung der Bundesbürger ging mehr nach Paris als nach Leipzig, ein Tag wie der 17. Juni war arbeitsfreier Tag, kein Gedenktag. Wie viele gab es doch, die nicht nur nicht mehr glauben wollten, dass die Mauer jemals wieder verschwindet, sondern die sogar der Meinung waren, wir könnten durchaus ganz gut damit leben, mit dieser Mauer, mit dieser Teilung.

Die Teilung wurde wie vieles andere akzeptiert als Sühne für den Nationalsozialismus.

Deshalb hat es uns alle ja auch so bewegt, dass der Fall der Mauer eben nicht nur zum Tag des Wiedersehens, sondern zum Beginn der Wiedervereinigung wurde. Diese Entwicklung hatte niemand geahnt.

Dabei hatte dieses West-Berlin, gelegen inmitten der DDR, auch schon zuvor durch seine bloße Existenz verhindert, dass die Teilung als endgültig hätte gelten können. West-Berlin blieb „Hemmschuh für den Status quo“, Garant für die Offenhaltung der nationalen Frage.

Der Begriff der Nation – manifestiert in gemeinsamer Sprache, gemeinsamer Geschichte und gemeinsamer Kultur – hat in Deutschland niemals seine Überzeugungskraft verloren.

Eben deshalb, weil er sie auch nie und nirgendwo sonst auf der Welt verlor. Ein Franzose, ein Schwede würde sich nicht nur dann zu seiner Nation bekennen, wenn seine Fußballnationalmannschaft zu besonderen Leistungen aufläuft.

Gerade in der heutigen europäischen Entwicklung ist die Nation unverzichtbar. Alles andere wäre nicht nur ein Sonderweg, es wäre Hybris. Denn wenn Deutsche es zuweilen als besonders modern empfinden, sich in ihrem Vaterland nicht wohl zu fühlen, ist dies für andere Völker eben gerade nicht nachahmenswert. Der Begriff „Canossa-Republik“ für Deutschland wurde geprägt nicht von einem deutschen Rechtsradikalen, sondern von einem osteuropäischen Politiker.

Gerade eine Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Vergangenheit ist doch nur dann möglich, wenn ich mich auch zur Geschichte meines Landes bekenne und damit eben auch zur deutschen Nation. Die Aufnahme und Integration der Vertriebenen, die Wiedergutmachung mit Israel, die Diskussion um die einheitliche deutsche Staatsbürgerschaft und schließlich der Ruf „Wir sind ein Volk“ – dies alles waren Zeichen und Manifestationen der nationalen Frage und ihrer sich daraus ergebenden Verpflichtungen.

Aber auch im sozialen Bereich kommen wir ohne den Begriff der Nation nicht aus; Begriffe wie „Solidargemeinschaft“ oder „Generationenvertrag“ sind über- und außernational gedacht Nonsens.

Oder soll künftig der Ausbau sozialer Infrastrukturen gesamteuropäisch, also in immer größeren Einheiten und mit immer bürokratischeren Formen praktiziert werden?

Bräuchte man in Europa konsequenterweise dann auch Hauptstädte etwa nicht mehr?

Brigitte Seebacher-Brandt hatte völlig richtig formuliert: „Ein Land, das keine Nation sein will, braucht auch keine Hauptstadt.“

An die Stelle eines „Europas der Vaterländer“ (Charles de Gaulle) darf nicht ein politisch korrektes, zeitgeistkonformes „Europa der Regionen“ treten.

Eberhard Diepgen formulierte zum Abschluss: „Ich glaube, dass die Nation unverzichtbar ist, auch und gerade in einem europäischen Kontext, der zur Vielfalt und zur Lebendigkeit führt. Gerade ein Europa, das nicht nur ein Staatenbund oder eine Freihandelszone sein will, sondern eine starke innere Integrationskraft haben muss, kommt ohne den Begriff der Nation nicht aus.“

Hans Brückl